

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäften und bei den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Volldruck und andere Anzeigen zu jeder Zeit entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Bezugspreis: Die 6 gespaltene Kennziffer 20 Spz., die 6 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklameweile im täglichen Teile 1 Reichspfennig, Nachverdingungsarbeiten 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Maßgabe der in der Kennziffer 20 Spz. enthaltenen Bestimmungen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Abrechnung übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigentragende ist verpflichtet, wenn der Vertrag durch Klage eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, die Abrechnung zu übernehmen. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 276. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 28. November 1927

Blutgeruch.

Der Berliner gebraucht gern eine recht drastische Redensart: „Da sitzt du nun da mit deinen Talenten!“ Diese Redensart paßt augenblicklich ganz ausgezeichnet auf — den Völkerbund. Denn es nämlich jetzt zwischen Polen und Litauen nach Blut riecht, so ist der Völkerbund ebenjowenig schuldlos daran wie an der Hilflosigkeit, mit der er jetzt der Entwicklung dieses Streites gegenübersteht.

Wie sehr sich augenblicklich die Dinge dort zugespitzt haben, mit welcher Schwärze man einander gegenübersteht, wird wohl am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß der General Jeligowski, der nicht mehr der polnischen Armee angehört, zum Witwobren von Wilna ernannt werden soll. Dieser General war es ja, der durch einen überraschenden militärischen Einfall Wilna der neuen Republik Litauen entriß, und der Völkerbund wieder war es, der diesem Haub zustimmte und Wilna den Polen zusprach. Seitdem hat formell der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen überhaupt nicht aufgehört. Auf der einen Seite hat man vor kurzem in Kowno, der Hauptstadt Litauens, wieder einmal feierlichen Protest erhoben gegen die Vergewaltigung durch Polen, auf der anderen Seite griff die Warschauer Regierung zu scharfen Maßnahmen gegen die Litauer im Wilnagebiet — kurz, die Gewehre sind aufeinander gerichtet und die Hand ist am Abzug.

Die Diplomaten „arbeiten“ — wobei es sich allerdings fragt, ob nicht diese Arbeit von dem üblichen Mißerfolg begleitet ist. Dr. Stresemann, der deutsche Außenminister, hat Gelegenheit genommen, in Berlin mit dem russischen Delegierten für die Genfer Abrüstungskonferenz eingehend Rücksprache zu nehmen. Die russische Note an Polen andererseits zeigt trotz ihrer angeblichen Zurückhaltung doch vor allem, daß Rußland aufs stärkste an der Entwicklung der Dinge an seiner Westgrenze interessiert ist. Auch hier also, zwischen Polen und seinem östlichen Nachbarn, werden schon die Gewehre hoch genommen. Man kann es den Rußen aber auch nicht verdenken, daß sie sich dagegen wehren, wenn Polen in irgendeiner Form das kleine Litauen überrennt. Deutschland natürlich kann ebensowenig einem solchen Beginnen uninteressiert zusehen, vielleicht sogar noch weniger als Rußland. Denn im Falle des Scheiterns der polnischen Pläne — wobei es gleichgültig ist, ob Litauens Selbständigkeit formell bestehenbleibt — würde Ostpreußen zu einer rings von polnischem Gebiet umschlossenen Insel werden. Wir wissen ja, haben es aus vielfachen Äußerungen maßgebender polnischer Staatsmänner entnehmen müssen, daß Polen über Litauen zur Ostsee vordringen will und daß dies aber nur den ersten Schritt bedeutet, um über das deutsche, dann so ganz isolierte Ostpreußen herzufallen.

Wenn der Völkerbund oder die dort maßgebenden Großmächte dagegen nicht einschreiten, so sieht es schlecht aus mit Litauen. Innere Zwistigkeiten, die rücksichtslos diktatorische Politik des Präsidenten Woldemaras haben verursacht, daß er den Polen gegenüber jetzt fast hilflos dasteht. Und Polen ist nicht bloß Freund Frankreichs, es ist auch der englische Vorposten an der Westfront gegenüber dem bolschewistischen Rußland. Wir Deutschen können am wenigsten etwas machen, uns kann es schließlich auch recht gleichgültig sein, wer die Unterdrückungspolitik gegen die deutschen Memelländer betreibt; in diesen traurigen Klammern teilen sich Polen und Litauen brüderlich.

Man wird ja freilich eine „Aktion“ des Völkerbundes beabsichtigt, um so mehr, als Sowjetrußland und Litauen ein Schutz- und Trutzbündnis miteinander abgeschlossen haben, das die Woldemaras Regierung zum Eingreifen zwingen müßte, wenn Polen gewaltsam gegen Litauen vorgeht. Solcher Angriff wäre übrigens noch ein besonderer Witz, weil Polen wie Litauen dem Völkerbund angehört, der ja immer und immer wieder das Recht und die Verhandlung an die Stelle der Gewalt zu setzen gepredigt hat. Aber es sind bisher nur Worte von Deutschland und von Rußland aus an die beiden Staaten gerichtet worden, die aufeinander loszugehen scheinen. Eine ganz andere Sache ist es aber, ob diese beiden auf die Worte hören werden oder vielmehr, ob Polen den Mahnungen Gehör schenken wird. Allzu verlockend für dieses Land ist doch die Gelegenheit, alte Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, und dort im Osten hat man sich ja nie gescheut, zur Gewalt zu greifen. — siehe übrigens auch den Angriff Litauens auf das Memelland unter Zustimmung der damaligen französischen Besatzung und der nachträglichen Sanktion durch den Völkerbund! —, wenn es sich lohnen sollte. Und nach Genf macht man dann nur eine lässige Bewegung.

Schwere Bedrängnis Litauens

Litauische Nebenregierung in Wilna. Die Zustände in dem einen Angriff Polens erwartenden Litauen sind äußerst gefährlich. Der litauische Ministerpräsident, Woldemaras, hat ein ausführliches Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes in Genf gerichtet, worin er davon Mitteilung macht, daß die

Die Fragen zwischen Reich und Länder

Sparsmaßnahmen und Verwaltungsreform.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Mit der Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern beschäftigte sich das Reichskabinet in ausführlicher Beratung, insbesondere mit den Plänen zu Sparsmaßnahmen und zur Verwaltungsreform.

Das Kabinet beschloß, bei der im zweiten Januarhälfte stattfindenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder folgende Fragen zu unterbreiten: 1. Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, 2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft, 3. Verwaltungsreformen in Reich und Ländern.

Aber die Vorfestlegung von Richtlinien zu diesen Fragen finden noch Verhandlungen mit den Ländern statt. Damit dürften die so oft besprochenen und so hart umstrittenen Angelegenheiten in schnelleren Fluß gebracht sein.

Der Gesamthaushalt für 1928 schließt ab mit einem Betrage von 562 Millionen Mark gegenüber dem von 1927 mit 5135 Millionen. Die Mehrbelastung aus dem Darlehenswesen für 1928 beträgt rund 160 Millionen.

Der außerordentliche Haushalt ist in dem Etat mit 146 Millionen enthalten. Für den Reichshaushalt ergibt sich nur ein Mehr von 372 Millionen. Aber die Deckung der Mehrausgaben übertrifft sich Dr. Brüderlein darin, daß man für 1927 gegenüber den Vorschlägen mit einem Gesamteinkommen von 300 bis 350 Millionen bestimmt rechnen könne. Dieses Mehreinkommen und eine Reihe erheblicher Ersparnisse würden nicht nur ausreichen, um den Nachtragshaushalt vollständig zu decken, sondern einen Überschuß von ungefähr 160 Millionen erbringen, der zur Deckung der Gesamtausgaben des neuen Haushalts herangezogen werden sollte. Der Minister ging dann eingehend auf die Frage der Anleihen ein. Um ein weiteres Emporschnellen des Anleihebedarfs zu vermeiden, hat er einen Teil der bisher im Extraktat erscheinenden Ausgaben in den ordentlichen Etat übernommen. Er betonte nochmals, daß zur Schonung des Kapitalmarktes unbedingt vermieden werden müsse, im Jahre 1928 eine Reichsanleihe zur Deckung des Anleihebedarfs früherer Jahre aufzunehmen. Auf der

Einnahmenseite

des neuen Haushalts sind an Einnahmen durch Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben 8692 Millionen eingebracht, was gegenüber 1927 ein Mehr von rund 600 Millionen bedeutet. Diese Schätzungen seien mit der größten Vorsicht und ohne jeden übertriebenen Optimismus vorgenommen worden. Es sei ihm darauf angekommen, seinen frisierten oder irgendwie verschleierten Etat aufzustellen. Der Reichsetat 1928 sei jedenfalls gesund, wenn er auch keinerlei nennenswerte Reserven enthalte.

Der Reichshaushalt für 1928.

Erklärungen des Reichsfinanzministers.

Ausführliche Angaben über die Gestaltung des Reichsetats für das Jahr 1928 machte Reichsfinanzminister Dr. Brüderlein in einer Unterredung. Dr. Brüderlein betonte dabei, daß bei Aufstellung des Etats größter Wert auf Klarheit und Durchsichtigkeit wie auf die Möglichkeit der Vergleichung gelegt worden sei. Die Etatsgestaltung hätte unter dem festen Willen gestanden,

unter keinen Umständen einen Defizitetat

aufzustellen. Das sei auch erreicht worden.

Drei wesentliche Merkmale zeige der neue Etat: erstens schließe der Gesamtetat ohne Posttrag ab; zweitens sei keine neue Anleiheemission für das Rechnungsjahr 1928 vorgesehen; drittens zeige er den festen Willen, die Anleiheemissionen der Jahre 1926 und 1927 durch besondere Tilgung zu ermäßigen.

Die Verwaltungsausgaben seien in einem Maße gedrosselt worden, das bis an die Grenze der Aufrechterhaltung der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung gehe. Bei einer Zusammenfassung der ordentlichen und außerordentlichen Ansätze ergebe der Gesamtabgleich für 1928 gegenüber 1927 einen Mehrbedarf, der noch nicht einmal die volle Höhe des zwangsläufigen Mehrbedarfs für die Reparationsleistungen erreiche, trotzdem das neue Besoldungsgesetz und das Liquidationsschadensrücklagegesetz in den Etat mit eingerechnet seien. Der Minister wies auf den Haushalt des Reichswehrministeriums hin, der trotz des Mehrbedarfs an Gehältern und Löhnen in seinem Gesamtabgleich keinerlei Erhöhung erfahren habe.

Die Stellung Deutschlands.

In Warschau hat die Zusammenkunft zwischen Dr. Stresemann und dem russischen Völkerbunddelegierten Litwinow Kurde hervorgerufen. Die Zeitungen behaupten, es hätten Abmachungen zwischen beiden zu dem Konflikt mit Litauen stattgefunden. Auch ein Berliner Blatt glaubte andeuten zu müssen, Deutschland werde Vermittlung des Völkerbundes in dem Streit beantragen, der Ministerrat habe sich mit der Sache schon befaßt.

Von zuständiger Seite erfährt man zu diesen Gerüchten, daß sich die letzte Kabinettsitzung lediglich mit innenpolitischen Fragen befaßt hat und daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann an der Sitzung überhaupt nicht teilnahm. Auch ein direktes deutsches Vorgehen zur Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes ist weder erfolgt noch beabsichtigt.

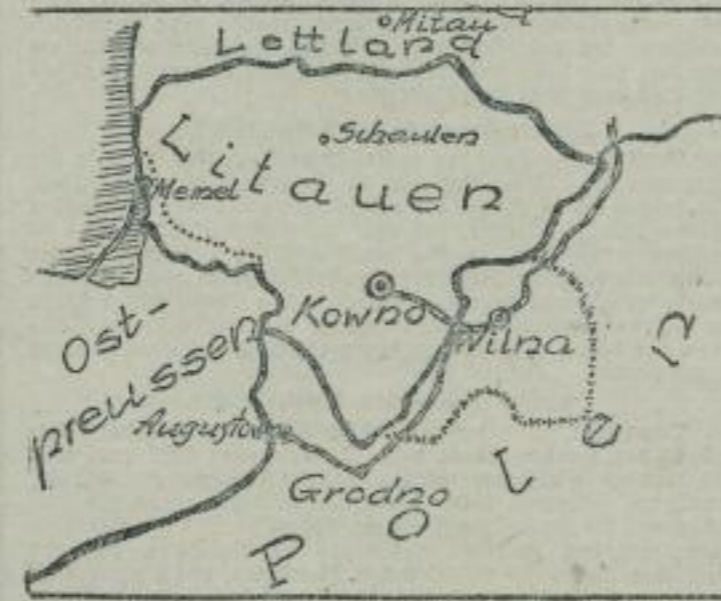
Selbstverständlich hat Deutschland als unmittelbarer Nachbar von Litauen und von Polen ein ernstes Interesse daran, daß sich der litauisch-polnische Fall nicht noch weiter zuspitzt und schließlich zu kriegerischen Verwicklungen zwischen beiden Staaten führt. Von der russischen Note an Polen hat der Reichsaussenminister in der Besprechung mit Litwinow Kenntnis genommen. Die amtliche Mitteilung über die Besprechung zwischen Stresemann und Litwinow dürfte dahin zu verstehen sein, daß Deutschland wohl ein lebhaftes Interesse an den in der russischen Note bezeichneten Gesichtspunkten hat, aber nicht beabsichtigt, aus Anlaß der in der russischen Note angeführten Gerüchte über ein Vorgehen Polens gegen Litauen Maßnahmen zu ergreifen.

Attentatsversuch auf den Wiener Bürgermeister.

Der Täter verhaftet.

Auf den Wiener Bürgermeister Karl Seih wurde ein Attentat verübt, das glücklicherweise ohne Folgen blieb. Bürgermeister Seih hatte der Eröffnung einer Winter-Sporthalle im ehemaligen Nordwestbahnhofsgebäude beigewohnt. Als der Bürgermeister das Gebäude verließ und sein Auto bestieg, gab ein junger Bursche drei Revolverschläge auf ihn ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Chauffeur des Bürgermeisters fuhr mit dem Auto in rascher Fahrt davon. Kriminalbeamte und Wach-

polnische Regierung einen erbitterten Pressefeldzug gegen die litauische Regierung entfesselt habe. Das Schreiber dürfte als neues Material zur Unterfütterung des litauischen Standpunktes für die bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundrates über den polnisch-litauischen Streitfall aufzufassen sein. Polen beabsichtigt, in Wilna eine neue litauische Nebenregierung zu bilden. Die Aufstellung dieser Regierung soll in wenigen Tagen voll-



Polnisch-litauische Grenze

endet sein. Sie würde unter dem Schutz Polens stehen. Polen hoffe, daß die Regierung Woldemaras in Kowno zur selben Zeit zusammenbrechen würde, zu der die von Polen begünstigte neue litauische Regierung sich in Wilna konstituieren würde. Die englischen Gesandten in Kowno und Warschau haben diplomatische Vorstellungen bei der dortigen Regierung erhoben.

Die lebhaftesten Unterfütter der polnischen Pläne sollen die vor dem Regime Woldemaras aus Litauen geflüchteten und gegen seine Nachstellung ankämpfenden Flüchtlinge in Wilna sein. Sie gehören hauptsächlich der Linkspartei an. Mit diesen soll auch Marschall Pilsudski bei seinem kürzlichen Besuch in Wilna bestimmte Abmachungen zur Förderung einer Umwälzungsbewegung getroffen haben. Polen wolle dann dementsprechend eingreifen